

Von gleichen Verhältnissen weit entfernt

Eine Kommission des Landtags holt sich Rat im Landkreis. Dabei wird deutlich, dass hier noch jede Menge Aufbauarbeit notwendig ist.

Von Matthias Bäumler

Wunsiedel – Die Politiker im Landkreis müssen sich ein wenig so wie der alte Sisyphos vorkommen. Sie schieben unablässig an, rackern und packen die besten Projekte an. Doch wenn es darum geht, Fachkräfte für die Region zu gewinnen, heißt es, dass hier ja doch alles trist und traurig ist. So zumindest erleben es die heimischen Entscheider immer wieder.

Was ist los mit diesem Landstrich, der einst die Wiege der Industrialisierung im Freistaat war? Dies wollten sich am gestrigen Freitag die Mitglieder Enquete-Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern“ vor Ort ansehen. Was die 13 Landtagsabgeordneten und acht externen Experten bei ihrer ganztägigen Reise quer durch den Landkreis erfahren haben, war sicherlich erhellend: Denn wer aus München oder einem anderen prosperierenden bayerischen Landstrich kommt, kann sich vorstellen, dass im Landkreis Wunsiedel enorm viele Wohnungen und Häuser leer stehen. Aber weiß er auch, dass nicht genügend Wohnraum vorhanden ist? Oder

„Wenn wir mit einer schwarzen Null herauskommen, ist das gut so.“

Uwe Heidel, Vorsitzender des Kommunalunternehmens Wun-Immobilien

dass so gut wie jeder Bürgermeister auf neue Arbeitsplätze hofft, auf der anderen Seite die Wirtschaft aber über einen Fachkräftemangel klagt?

Die Enquete-Kommission (das französische Wort Enquete bedeutet die Prüfung aller Verhältnisse und Gegebenheiten) machte ihrem Namen alle Ehre. So stellten die Politiker und Wissenschaftler zum Beispiel fest, dass Wohnungen einen penetranten Geruch nach nassem Mauerwerk haben können. So in einem Mehrfamilienhaus in der Wunsiedler

Ludwigstraße. In das derzeit unbewohnte Gebäude hatte sie Uwe Heidel, der Vorstand des Kommunalunternehmens Wun-Immobilien, geführt. Derartige Verhältnisse gebe es in Wunsiedel und im gesamten Landkreis zuhauf. „Viele leere Wohnungen sind unvermietbar. Deshalb sanieren wir das Haus und schaffen vernünftigen Wohnraum zu einem günstigen Mietpreis“, erklärte er. Denn die fehlten in der Region genauso wie die hochwertigen Mietobjekte. Um beides soll sich nach dem Willen der Festspielstadt das Kommunalunternehmen kümmern. Bürgermeister Karl-Willi Beck brachte die dahinter steckende Philosophie einige Hundert Meter weiter im Prestige-Bau im Hofgässchen auf den Punkt: „Der Staat muss die Eckzähne setzen, dann folgen die Privaten.“ Dass dies eine Gratwanderung ist, schilderte Uwe Heidel. „Abgesehen vom Grunderwerb sind die Baukosten in Wunsiedel nicht günstiger als in München. Völlig anders ist es bei den Mieterlösen.“ Die hochwertig und nach modernstem Standard ausgestatteten Wohnungen des im Hofgässchen neu gebauten 13-Familien-Hauses kosten um die 7,50 Euro Miete pro Quadratmeter. In München wäre es locker die doppelte Summe. „Wenn wir bei den Projekten mit einer schwarzen Null herauskommen, ist das gut so.“ Immerhin ist laut Heidel und Beck die Nachfrage nach Wohnungen ziemlich hoch. „Um die zwei Wohnungen im ebenfalls von uns sanierten Haus in der Theresienstraße haben sich die Bewerber fast geprügelt.“

Weiter fuhr der Landtags-Tross mit dem Bus nach Bad Alexandersbad, wo er einem sichtlich entspannten Bürgermeister begegnete. Peter Berek sagte, dass er stolz sei auf die Menschen in der Region, die sich so sehr für ihr kleines Stück Bayern einsetzen. Beeindruckt waren die aus ganz Bayern angereisten Gäste von den Megabaustellen im Heilbad. Berek lud sie ein, in zwei Jahren wieder zu kommen und sich anzusehen, wie das neue Kurhaus und die Schlossterrassen geworden sind.

Schon jetzt begeistert von der Schönheit des sogenannten ländlichen Raums waren im Evangelischen Bildungszentrum Jugendliche, die mit den Politikern und Wissenschaftlern Mittag aßen. Bei den Gesprächen wurde klar, dass es viele



Abblätternde Fassaden und nicht vermietbare Wohnungen haben die Mitglieder der Enquete-Kommission im Landkreis Wunsiedel ebenso gesehen wie modernisierte Bauten, für die Bewerber Schlange stehen. Foto: Bäumler

Stephan Unglaub appelliert an Landtag

Um die Zukunft von Bischofsgrün kämpft der Bürgermeister der 2000-Seelen-Gemeinde, Stephan Unglaub. Obwohl der Ort im Landkreis Bayreuth liegt, durfte er beim Besuch der Enquete-Kommission für gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern im Landkreis Wunsiedel seine Sorgen schildern. Grund ist die Absicht der Deutschen Rentenversicherung, die von ihr betriebene Bischofsgrüner Höhenklinik zu schließen. Unglaub gab sich gestern aber kein bisschen resigniert, sondern vielmehr kämpferisch. „Wenn die Rentenversicherung gedacht hat, sie kann unsere Klinik schließen, weil wir vielleicht am wenigsten laut schreien, hat sie sich geirrt.“ Den Schließungsbeschluss hält der Bürgermeister für „absolut nicht nachvollziehbar“.

Genauso sehen es, wie er im Gespräch mit der *Frankenpost* schilderte, auch die übrigen Gemeinderäte.



Stephan Unglaub

In nichtöffentlicher Sitzung haben diese am Donnerstagabend einen Fragenkatalog an die Rentenversicherung erarbeitet. „Denn die Beweggründe für die Schließung des Hauses mit 170 Beschäftigten ist ökonomisch nicht gerechtfertigt. Welche Klinik kann schon eine Auslastung von 99,5 Prozent und eine fast hundertprozentige Patientenzufriedenheit vorweisen?“, fragt er. Unglaub appellierte an die Mitglie-

der der Enquet-Kommission und den gesamten Landtag, sich weiterhin hinter Bischofsgrün zu stellen. „Bitte unterstützt uns. Hier geht es um die Zukunft unserer Gemeinde und der gesamten Region.“ Der Beschluss der Rentenversicherung konterkarierte die Heimatstrategie der Landesregierung, die mit Behördenverlagerung den ländlichen Raum stärken wolle. „Wenige Kilometer neben Marktredwitz, das eine JVA erhält, sollen nun 170 Arbeitsplätze wegfallen.“ Zuvor haben der Geschäftsführer des Klinikums Fichtelgebirge, Martin Schmid, und Alexander Fuchs, stellvertretender Vorsitzender des ärztlichen Kreisverbandes, die Probleme der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum geschildert. (Bericht folgt).

junge Menschen gibt, die lieber in ihrer Heimat bleiben als in die Metropolen abwandern wollen. „Unsere Region hat leider das Problem des schlechten Images“, sagte etwa Simon Fritsch aus Thiersheim. „Mir geht das Messer in der Hose auf, wenn ich lese, dass es schwierig wird, Beamte zu bewegen, in die Provinz zu ziehen“, empörte er sich und forderte die Politik auf, die Region besser zu vermarkten. Auch Infrastruktur ist den Jugendlichen wichtig. Simon Fritsch fordert etwa eine besser ausgebaute B 303. Ein Mädchen sag-

te, sie würde gerne hier studieren, doch leider gebe es keine Hochschule. Hier machte der stellvertretende Vorsitzende der Enquete-Kommission, der Bayreuther Abgeordnete Dr. Christoph Rabenstein, Mut: „Es gibt nach wie vor eine Landtagsinitiative für eine Hochschule in Marktredwitz. Da ist was im Gange.“ Etwas weniger optimistisch ist Landtagsabgeordneter Marin Schöffel. „Ja, ich gehöre auch dieser Initiative an. Aber leider ist momentan wenig konkret.“

Die jungen Männer und Frauen gaben den Entscheidern viele Anregun-

gen, die diese eifrig notierten. Ein Jugendlicher empfahl, sich nach der gelungenen Behördenverlagerung nun um die Ansiedlung privater Unternehmen aufs Land zu kümmern, notfalls mit Subventionen. Und ein Mädchen wünschte sich mehr Apartments für junge Leute. Davon gebe es auf dem Land viel zu wenige.

Letzte Station war Arzberg. Hier erläuterte Bürgermeister Stefan Göcking den Besuchern, wie sich die am stärksten wirtschaftlich gebeutelte Stadt wieder aufgerappelt hat.

Ein weiterer Bericht folgt.